

Neuseeland ist in der richtigen Spur

OECD will höhere Eigenkapitalanforderungen für Banken

Neuseelands Wirtschaftspolitik erhält von der OECD gute Noten. Sorgen machen u. a. die hohe Verschuldung der Bevölkerung und das Einkommensgefälle.

bab. Sydney · Neuseelands Wirtschaftspolitik sei weitgehend auf dem richtigen Weg, meint die Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) in ihrem alle zwei Jahre publizierten Länderbericht für den Inselstaat im Südpazifik. Knapp zweieinhalb Jahre nach dem schweren Erdbeben, das Christchurch auf der Südinself verwüstete, sorgen der Wiederaufbau, Investitionen der Wirtschaft und wachsender Privatkonsum für Wachstum. Für 2013 prognostiziert die Organisation ein Plus beim Bruttoinlandsprodukt von 2,6% und für 2014 sogar von 3,1% – bei einer Inflationsrate von 1,1% für das laufende Jahr und einer von 1,8% für das kommende. Risiken jedoch blieben, verursacht durch die hohe Verschuldung der privaten Haushalte, eine schwache internationale Nachfrage, vergleichsweise hohe Kapitalkosten und einen um 10% bis 20% überbewerteten neuseeländischen Dollar, der der Exportwirtschaft nicht gerade helfe. Sorgen mache auch der überhitzte Immobilienmarkt und eine schnell alternde Bevölkerung, schreibt die OECD.

Das «neuseeländische Rätsel»

Die Bemühungen der konservativen Regierung unter Premierminister John Key, die Staatsausgaben zu reduzieren, werden ebenso gelobt wie der Versuch, die Staatsverschuldung einzudämmen – für 2016 werden 30% des BIP erwartet. Doch für das, was die Organisation das «neuseeländische Rätsel» nennt, hat auch die OECD keine magische Lösungsformel. Erneut beschreibt sie die geringe Produktivität des Landes und entsprechend niedrige Einkommen bei gleichzeitig vergleichsweise guten makroökonomischen Rahmenbedingungen und «erstaunlich positiven Daten für viele andere Dimensionen des Wohlbefindens». Bei allen Fragen rund um Gesundheitswesen, Bildung, Menschenrechte, wirtschaftliche Freiheit und Lebensstandard schneide Neuseeland gut ab, doch gleichzeitig bleibe die Leistung pro gearbeiteter Stunde um 40% hinter dem Durchschnitt der 17 reichsten Nationen der OECD zurück.

Überdies sei die Divergenz im Ein-

kommen zwischen Arm und Reich höher als im OECD-Durchschnitt, und das Steuer- und Transfersystem gleiche dieses Einkommensgefälle weniger gut aus als der Schnitt der Industrienationen. Besonders die Minderheiten der Maori und der Pazifikinsulaner im Land seien nach wie vor benachteiligt.

Zu wenige, zu grosse Banken

Weil sie sich hauptsächlich im Ausland refinanzieren und viele hochverschuldete Haushalte und Farmen zu ihren Kunden zählen, tragen Neuseelands Banken laut OECD signifikante Risiken. Die Organisation schlägt höhere Eigenkapitalanforderungen sowie die Einführung einer Versicherung für die Spareinlagen der Bürger vor, um das Land besser gegen Ausfälle bei den nur vier systemrelevanten Banken des Landes zu schützen. Doch dagegen argumentiert die neuseeländische Notenbank, die die jüngst implementierte Politik einer «Open Bank Resolution» für ausreichend hält. Diese erlaubt es einer kollabierenden Bank, tätig zu bleiben, während nicht der Steuerzahler, sondern die Kapitalgeber des Instituts den Schaden zu tragen haben. Die OECD jedoch verweist auf die Probleme nach der Krise im Weltfinanzsystem im Jahr 2008 und fürchtet eine Ansteckungsgefahr für das ganze neuseeländische Finanzsystem, sobald eine Bank in Schwierigkeiten gerate.

Um die Folgen der Überalterung in den Griff zu kriegen, empfiehlt die OECD die Heraufsetzung des Pensionsalters, höhere Beiträge sowohl für Arbeitgeber als auch für Angestellte zum nationalen Pensionsfondssystem Kiwi-Saver. Da das System vom Staat aber heftig subventioniert sei, sei es vergleichsweise teuer; es sei daher sinnvoll, künftig nur noch die Beiträge der Geringverdiener zu subventionieren.

Wachstum sei weiterhin zu stimulieren, vor allem auch durch die Verringerung der Distanz zum Rest der Welt, da Neuseelands Anteil an den internationalen Liefer- und Handelsbeziehungen relativ gering sei. Das Mittel der Wahl ist dabei laut OECD der Ausbau möglichst schneller Internetverbindungen. Gleichzeitig müssten Hemmnisse für Direktinvestitionen aus dem Ausland abgebaut werden. Im gleichen Atemzug argumentiert die OECD allerdings für die Abschaffung der Steuererleichterungen für die Suche nach Öl- und Gasvorkommen – und sollten tatsächlich nennenswerte Rohwaren gefunden wer-

den, sollten die Steuererträge aus deren Ausbeutung zur Verringerung der Staatsverschuldung verwendet werden oder zum Aufbau eines Staatsfonds.